

## SHORT NEWS

**Konkurse hoch**

(da) - Die Zahl der Firmenpleiten in Luxemburg bleibt fast unverändert hoch. Die Bezirksgerichte in Diekirch und Luxemburg hatten im Jahr 2013 insgesamt 1047 Konkurse zu verzeichnen, eine leichte Steigerung um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit ist die Pleitenquote 2013 auf dem höchsten Stand seit 1928. Vor allem die Entwicklungen im Bausektor, der eine Steigerung der Konkurse um über 43 Prozent aufweist, sind bedenklich. Insgesamt 99 Konkurse im Bausektor gegenüber 69 im Vorjahr führt die Unternehmensgruppe Creditreform in ihrer aktuellen Analyse über Konkurszahlen in Luxemburg auf. Auffallend ist vor allem, dass es sich bei den Pleiten in dieser Branche überwiegend um kleinere Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern handelt. Wie viele Menschen in diesem Jahr durch die hohe Zahl an Konkursen in die Arbeitslosigkeit abrutschen, ist noch nicht zu erfahren. 2012 waren es etwa 3.300. Schon im vergangenen Jahr hatte die CSL moniert, dass das Insolvenzgesetz bei Konkursen eine Entschädigung der ArbeitnehmerInnen um maximal sechs Mindestlöhne vorsieht. Dagegen sieht die Realität oft nicht ganz so rosig aus: Die Entschädigung kann schon mal mehrere Monate lang auf sich warten lassen, das Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung tritt erst drei Monate nach Insolvenzverkündung in Kraft.

**Forum spielt sich jung**

(lm) - Ist die Zeitschrift Forum eine alte linkskatholische Tante? Selbst wenn dem so wäre, junge Geeks finden jedenfalls den Weg zu ihren Kaffekränzchen. Das belegt die jüngste Ausgabe mit dem Titel „Gaming - Kultur und Industrie“ und einem Cover, das wie ein Screenshot aus einem Weltraum-Computerspiel aussieht. Das Dossier in der Nummer 336 soll dazu beitragen, den Videospiele den Stellenwert zu verleihen, der ihnen gebührt, schreiben Sven Wohl und Jerry Weyer in einem einführenden Artikel. Sie verweisen auf den Launch von „GTA V“ - für den durchschnittlichen Forum-Leser hätten sie es wohl besser „Great Theft Auto V“ ausgeschrieben. Die Entwicklung habe so viel gekostet wie die Produktion der gesamten Herr-der-Ringe-Trilogie, binnen 24 Stunden seien 11 Millionen Exemplare verkauft worden und der Umsatz habe nach drei Tagen eine Milliarde Dollar erreicht. Alles, was das Herz für wirtschaftliche Diversifizierung höher schlagen lässt - und so sind auch zwei Dossier-Beiträge dem Gaming-Standort Luxemburg gewidmet. Doch Wohl und Weyer nehmen nicht hin, dass Videospiele häufig - „vor allem in Luxemburg“ - auf die wirtschaftliche Dimension reduziert werden. Sie seien längst ein wichtiger Bestandteil der Popkultur geworden und sollten als vollwertige Kunstrichtung anerkannt werden. Damit Spielrezensionen ihren Platz neben Theater- und Filmkritiken einnehmen können, versucht das Dossier unter anderem, Klischees zu entkräften: So liegt der Alterdurchschnitt der Gamer in Deutschland nicht etwa bei 20, sondern bei 32 Jahren. Sex und Gewalt seien im Medium Film „längst etabliert“, schreiben Wohl und Weyer, bei den Games werde aber immer wieder der „Killerspiel“-Vorwurf erhoben. Neben dem Dossier finden an der digitalen Welt interessierte Leser auch noch einen lustigen Beitrag zur Facebook-Gruppe „Things Lëtzebuurger don't say“ und einen - weniger lustigen - zur Bedeutung des NSA-Skandals für Luxemburg. Nicht amüsiert über die reale Welt zeigt sich Michel Pauly in einem lesenswerten Kommentar zur bischöflichen Aussage zum Werteunterricht. Auch das Editorial von Jürgen Stoldt über die Kritik am Finanzplatz ist ernst gemeint, bringt einen aber zum Schmunzeln. Last but not least sei die Analyse des Fifties-Film von Viviane Thill hervorgehoben, die den vielversprechenden Titel „Alles Nullekackerten“ trägt.

## AKTUELL

## DIENSTWAGEN FÜR ALLE?

**Wer's braucht**

Raymond Klein

**In einem Land, wo Jenny und Menni den Dienstwagen privat nutzt, sollen Regierungsmitglieder das nicht mehr dürfen? Für dieses Privileg spricht die Arbeitsintensität ihres Jobs, dagegen sprechen die strengeren Regelungen in zahlreichen Ländern.**

Was bleibt von der Schlamm-schlacht um den Winterurlaub von Francine Closener? Die Staatssekretärin wurde vom Verdacht, ihren Dienstwagen illegalerweise privat genutzt zu haben, reingewaschen und entschuldigte sich obendrein für die Behauptung, sie sei im Recht gewesen. Nun steht die Regierung vor der Aufgabe, den brandneuen Deontologie-Kodex ein weiteres Mal zu überarbeiten.

Wozu brauchen MinisterInnen und StaatssekretärInnen eigentlich außerhalb ihrer Arbeitszeit einen Dienstwagen? Im Jeudi dieser Woche erinnert Danièle Fonck daran, dass die Regierungsmitglieder jederzeit erreichbar und „rückführbar“ sein müssen, es also keineswegs unsinnig sei, mit dem Dienstwagen in den Auslandsurlaub zu fahren. Als Personen des öffentlichen Lebens stünden sie 24 Stunden am Tag im Dienst des Staates, so Fonck weiter. Sie - und ihr Auto - repräsentierten nicht die eigene Person, sondern ihr Land und ihre Nation.

Nicht jeder wird das unterschreiben wollen: Obwohl ein PS-starkes Auto mit Vierradantrieb zweifellos bestens geeignet ist, die luxemburgische Nation zu repräsentieren, dürfte vielen Linken diese Glorifizierung von Staat und Nation an sich nicht behagen. Einfacher zu akzeptieren ist da schon, was Theodor Eschenburg bereits vor über 50 Jahren in der Zeit schrieb: „Bei der Sonderstellung, die ein Minister einnimmt, ist eine klare Scheidung zwischen dienstlicher und privater Benutzung von Dienstkraftwagen grundsätzlich kaum möglich. Viele Bundesminister sind heute so stark in Anspruch genommen, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden muß, über ihre Zeit so günstig wie möglich zu disponieren. Dafür ist es unerlässlich, daß der Minister uneingeschränkt über einen Kraftwagen verfügen kann.“

Doch nicht in jedem Land geht man davon aus, dass die Verfügbarkeit und Mobilität der Regierungsmitglieder ständig per Dienstwagen sichergestellt werden muss. In Frank-

reich greifen Regierungsmitglieder auf einen Fuhrpark von Dienstwagen zurück, die im Prinzip nicht für private Zwecke genutzt werden. Sogar der Rückgriff auf den Dienstwagen für den Weg zur Arbeitsstelle muss vorher genehmigt und jede private Nutzung als geldwerter Vorteil versteuert werden. Noch strenger geht's in Schweden zu, wo 1996 die Vizepremierministerin wegen der „Toblerone“-Spesenaffäre zurücktreten musste. Dort wird erwartet, dass Minister ein möglichst normales Leben führen, und nur der Premierminister hat Anspruch auf Dienstwohnung und -wagen.

**Muss es 4x4 sein?**

Bei der Diskussion um die unzulässige Nutzung der Autos wird oft über die Zusammensetzung des Fuhrparks hinweggesehen. Ob privat genutzt oder nicht, besonders teure und umweltbelastende Dienstwagen harmonisieren sicher nicht mit den politischen Zielen der neuen Koalition in Luxemburg. In den vergangenen Jahren scheinen sich nur die jeweiligen Umweltminister für Autos mit alternativen Antrieben interessiert zu haben. In Deutschland dagegen ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Dienstwagen durchaus ein Thema, und laut Deutscher Umwelthilfe gehen die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Politiker-Autos schneller zurück als die der normalen Neuwagen. Unklar bleibt, warum luxemburgische Regierungsmitglieder unbedingt einen Vierradantrieb brauchen - wenn nicht zur privaten, wintersportlichen Nutzung. Unklar ist auch, was der ADR-Abgeordnete Roy Reding in einer Question parlementaire anspricht: Wird die private Nutzung als geldwerter Vorteil versteuert, wie das für Normalsterbliche gilt?

Man sieht, es gibt Einiges zu regeln im Deontologiekodex. Vielleicht wäre es sogar einfacher und weniger skandalträchtig, die private Nutzung grundsätzlich einzuschränken und stattdessen die Aufwandsentschädigung für Minister zu erhöhen. Andererseits würde das nichts daran ändern, dass der Sturm der Entrüstung gegen die Staatssekretärin seinen Beweggrund auch im Neid hat. Und zwar weniger in dem der Leute, die sich keinen Skiurlaub leisten können, als in dem der Nutzer von Dienstwagen, die mit weniger PS und ohne Vierradantrieb auskommen müssen.



**woxx**

dat anert abonnement  
l'autre abonnement

Tel.: 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79  
admin@woxx.lu